

LANDKREISTAG | KOMPAKT

VERBANDSNACHRICHTEN DES HESSISCHEN LANDKREISTAGES



Präsident des
Hessischen Landkreistages
Landrat Erich Pipa

**Sehr geehrte Leserinnen,
sehr geehrte Leser,**

bei der diesjährigen Jahrestagung des HLT hatten die Vertreter der 21 hessischen Landkreise Gelegenheit, wichtige Fragen mit dem Hessischen Innenminister zu erörtern. Wie Sie dem nebenstehenden Leitartikel entnehmen können, wurde erneut die Forderung nach einer ausreichenden Finanzierung der Landkreise durch das Land erhoben. Es bleibt abzuwarten, ob die Landesregierung hier endlich ihrer Verpflichtung nachkommt.

Bei der Lektüre dieses sowie der weiteren Artikel wünsche ich Ihnen viel Vergnügen

Ihr Erich Pipa

Mitgliederversammlung des Hessischen Landkreistages kritisiert Modell des Kommunalen Finanzausgleichs

Präsident Landrat Erich Pipa konnte bei der diesjährigen Mitgliederversammlung neben Innenminister Peter Beuth auch den Präsidenten des Deutschen Landkreistages, Landrat Reinhard Sager begrüßen.

DLT-Präsident Landrat Sager nahm die vielfältige und gesellschaftlich bedeutende Aufgabenstruktur der Landkreise in den Blick. Im Mittelpunkt seiner mit großer Zustimmung aufgenommenen Ausführungen stand die Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern. Dass die Landkreise diese Aufgabe gerne wahrnehmen und sich auch der damit verbundenen besonderen Verantwortung bewusst seien, stehe außer Frage. Längst überfällig sei jedoch, dass die Landkreise endlich auch die dafür notwendigen finanziellen Mittel erhalten.

Hieran anknüpfend erörterte die Versammlung die Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs. Mit deutlicher Kritik wurde das vom Land vorgelegte Modell ab dem Ausgleichsjahr 2016 bewertet. Neben zahlreichen Punkten im Details wurde vor allem beanstandet, dass die Finanzausgleichsmasse insgesamt signifikant zu gering bemessen sei und das Modell dadurch die Vorgaben des Hessischen Staatsgerichtshofes nicht angemessen umsetze. Vielmehr werde die strukturelle Unterfinanzierung der Landkreise weiter fortgeführt. Auf großes Unverständnis stieß deshalb auch das Ergebnis der Modellberechnung, das für die Kreisebene alleine für die Erfüllung von Pflichtaufgaben 320 Mio. Euro weniger vorsieht als erforderlich.

Inhalt

AKTUELLE THEMEN

SEITE 02

- Landkreistag positioniert sich zur Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen
- Strategiekonferenz „10-Jahre SGB II“

KURZ NOTIERT

SEITE 03

- Rechts- und Europaausschuss diskutiert mit Staatssekretär Dreiseitel
- Rettungsdienstleitstellen: Alle Landkreise treten der Rahmenvereinbarung IVENA bei
- HLT-Schul- und Kulturausschuss und Kultusminister beraten aktuelle Bildungsthemen
- Haushaltssituation der hessischen Landkreise 2014/2015

AUS DEM DEUTSCHEN LANDKREISTAG SEITE 04

- Deutscher Landkreistag begrüßt EuGH-Urteil zu Sozialleistungen für EU-Ausländer
- Landkreistag begrüßt finanzielles Engagement des Bundes bei Flüchtlingshilfe

PERSONALIEN / TERMINE

SEITE 04

Desweiteren stand die Handhabung der Kommunalaufsicht im Mittelpunkt des Gespräches mit Innenminister Beuth. Mit Nachdruck verdeutlichten die Landkreisvertreter, dass die derzeitige Missachtung der kommunalen Belange nicht akzeptiert werden könne und zunehmend zu problematischen Situationen vor Ort führe. Die Unterfinanzierung der Landkreise sei nicht akzeptabel und ihre Folgen seien bereits vor Ort spürbar; so könne die verfassungsrechtlich garantierte kommunale Selbstverwaltung kaum noch gelebt werden. Eindringlich warnten die Delegierten davor, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt und die lokale Demokratie durch diese Einschnitte bedroht werden. Auch wenn in der Bewertung der einzelnen Themen keine Einigkeit hergestellt werden konnte, zeigte sich Innenminister Beuth offen für einen konstruktiven Dialog mit den Kommunen. Mit Blick auf die Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs verwies er auf die Ankündigung des Finanzministers, für eventuelle Nachjustierungen offen zu sein.

Der Hessische Landkreistag nimmt mit Hochachtung und Dankbarkeit Abschied von

Frank-Martin Neupärtl

Landrat Schwalm-Eder-Kreis
Mitglied des Präsidiums des Hessischen Landkreistages

der am 1. Dezember 2014 im Alter von 53 Jahren verstorben ist. Herr Neupärtl war als Landrat des Schwalm-Eder-Kreises in vielfältiger Weise in den Gremien des Hessischen Landkreistages aktiv.

Er hat sich durch sein Engagement in den Verbandsgremien und auch an anderer Stelle fortwährend für die Achtung und Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung eingesetzt. Hierbei waren ihm insbesondere die sozialpolitischen Fragestellungen und ihre Auswirkungen auf die Menschen vor Ort ein Herzensanliegen.

Die hessischen Landräte, Kreistagsvorsitzenden und Kreisbeigeordneten verlieren in Frank-Martin Neupärtl einen guten Freund und beliebten Kollegen. Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Familie und seinen Freunden. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Landkreistag positioniert sich zur Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen

Im Rahmen der Mitgliederversammlung wurde auch die aktuelle Situation der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen in Hessen thematisiert. Zuerst wurde herausgestellt, dass diese große Herausforderung von den hessischen Landkreisen, Städten und Gemeinden bislang mit viel Engagement vor Ort gemeistert wird. Allerdings wird dieses durch die unzureichende Ausstattung mit Finanzmitteln durch das Land im zunehmendem Maße erschwert. So sind nach Berechnungen des Hessischen Landkreistages in den Jahren 2009 bis 2013 bei den hessischen Landkreisen

und kreisfreien Städten knapp 200 Mio. Euro Unterdeckung entstanden. Für das Jahr 2014 werden bis zu 60 Mio. Euro, für das Jahr 2015 bis zu 90 Mio. Euro Unterdeckung prognostiziert. Selbst bei der vom Land signalisierten Übernahme von 30 Mio. Euro in 2015 würden hier wiederum bis zu 60 Mio. Euro fehlen. Präsidium und Mitgliederversammlung haben daher signalisiert, dass eine Klage des Vogelsbergkreises auf auskömmliche Finanzierung der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen durch alle Landkreise ausdrücklich unterstützt wird.

Strategiekonferenz „10-Jahre SGB II“

Viele Diskussionen und Kritik begleiteten vor gut 10 Jahren die Hartz-Reformen. Die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe wurden zum Stichtag 1. Januar 2005 zusammengelegt; für die Betreuung der Langzeitarbeitslosen und ihrer Familienangehörigen wurden, um Hilfen aus einer Hand zu gewähren, Jobcenter eingeführt. Heute übernehmen 14 der 21 Landkreise in Hessen eigenständig als Kommunale Jobcenter diese Aufgaben. Sieben Landkreise sind für diese Aufgabe in gemeinsamen Einrichtungen mit der Bundesagentur für Arbeit zuständig.

Unter dem Motto „10-Jahre SGB II – Bilanz und Ausblick“ richtete der Hessische Landkreistag am 17. November 2014 in Darmstadt hierzu eine Strategiekonferenz aus. Das dort vorgelegte Strategiepapier enthält zahlreiche Forderungen und Vorschläge für eine Weiterentwicklung des SGB II, die insgesamt auf mehr Gestaltungsspiel-

räume der Landkreise bei der Betreuung und Vermittlung von langzeitarbeitslosen Menschen hinzielen. Gerade die Kommunalen Jobcenter der Landkreise wollen gestalten und nicht nur verwalten!

Dieses Strategiepapier wurde vom Präsidenten des Hessischen Landkreistages, Landrat Erich Pipa, auf der Konferenz der Öffentlichkeit vorgestellt.

Daneben sprachen auf der gut besuchten Veranstaltung der Hessische Sozialminister Stefan Grüttner sowie Dr. Irene Vorholz, Beigeordnete des Deutschen Landkreistages.

Das Strategiepapier „10-Jahre SGB II“ steht unter www.hlt.de (Rubrik: Veröffentlichungen) zum Download bereit, ebenfalls im gemeinsamen Internetauftritt der Kommunalen Jobcenter in Hessen unter www.kjc-hessen.de.

Rechts- und Europaausschuss diskutiert mit Staatssekretär Dreiseitel

Der Staatssekretär und Bevollmächtigte für Integration und Antidiskriminierung Jo Dreiseitel war zu Gast in der letzten Sitzung des Rechts- und Europaausschusses des Hessischen Landkreistages. Im Mittelpunkt der Beratungen stand der Austausch über die Vorstellungen und Initiativen des Landes Hessen im Themenfeld „Integration und Migration“. In diesem Zusammenhang wies er unter anderem auf die weitere Ausgestaltung des Landesprogrammes „WIR - Wegweisende Integrationsansätze Realisieren“ und auf die anstehende Konstituierung des neugestalteten Integrationsbeirates für Hessen hin. In der weiteren Diskussion wurde von den Ausschussmitgliedern das Thema Asyl in den Mittelpunkt gestellt und Herr Staatssekretär Dreiseitel aufgefordert, sich verstärkt der Aufgabe der Integration von Flüchtlingen anzunehmen.

Rettungsdienstleitstellen: Alle Landkreise treten der Rahmenvereinbarung IVENA bei

Nach umfänglichen Vorberatungen in den Gremien des Hessischen Landkreistages hat das Präsidium einstimmig dem Abschluss einer Rahmenvereinbarung IVENA (Interdisziplinärer Versorgungsnachweis) zugestimmt. Mit diesem Internet-gestützten Verfahren können die Leitstellenmitarbeiter der Landkreise noch schneller und zielgerichteter als bisher die Einsätze im Rettungsdienst in Richtung der jeweils geeigneten Krankenhäuser disponieren. Zwischenzeitlich haben alle Landkreise signalisiert, dass sie dieses neue Verfahren einführen möchten. Da auch alle kreisfreien Städte deren Leitstellen mit dieser neuen Technik ausstatten, werden die Bürgerinnen und Bürger in Hessen nunmehr flächendeckend bei erforderlichen Rettungsdiensteinsätzen hiervon profitieren können.



Schul- und Kulturausschuss und Kultusminister beraten aktuelle Bildungsthemen

Im Mittelpunkt der Beratungen der Herbstsitzung des HLT-Schul- und Kulturausschusses stand ein intensiver Austausch mit dem Hessischen Kultusminister, Herrn Prof. Dr.

R. Alexander Lorz. Bildungsgipfel, Pakt für den Nachmittag und Landtags-Enquetekommission Bildung boten ein umfassendes Themenbündel, das die 21 hessischen Landkreise als größte hessische Schulträger nachhaltig berührt. Aufgrund der engen Verzahnung der Aufgaben des Landes und der Schulträger besteht regelmäßiger Kommunikationsbedarf. Positiv wurde hervor gehoben, dass auch der Bildungsgipfel eine grundlegende perspektivische und ergebnisoffene Diskussion zum Thema Bildung ermöglicht. Ausschuss und Minister stimmten darin überein, gemeinsames Ziel von Land und Schulträgern müsse es sein, die Qualität des Unterrichts an hessischen Schulen noch weiter zu verbessern. Dazu müssen sich die am Bildungssystem beteiligten Akteure zu einer über das bisherige Maß hinausgehende Zusammenarbeit verstehen. Der HLT hat seine Bereitschaft und seine Vorstellungen hierzu in seinem „Strategiepapier Bildung“ dargelegt (s. HLT-Homepage: Veröffentlichungen).

Haushaltssituation der hessischen Landkreise 2014/2015



Die aktuelle Umfrage zum Vollzug der Kreishaushalte 2014 und den Haushaltsplanungen 2015 lässt für das kommende Jahr eine Tendenz hin zu einer Entspannung der allgemeinen Haushaltslage erkennen. Aufgrund ihrer weiterhin starken Konsolidierungsanstrengungen, der Hilfen aus dem kommunalen Schutzschirm sowie der hohen Steuereinnahmen werden die hessischen Landkreise voraussichtlich mit einem sowohl gegenüber dem Vorjahr als auch gegenüber der Haushaltsplanung deutlich reduzierten negativen Gesamtergebnis in Höhe von ca. 173,1 Mio. Euro abschließen. Für das Haushaltsjahr 2015 zeichnet sich mit einem erwarteten Gesamtfehlbedarf von rund 113,2 Mio. Euro eine weitere Verbesserung ab. Im Jahr 2014 haben dreizehn Kreise Entschuldungshilfen aus dem kommunalen Schutzschirm erhalten, mit denen sie bis zum 31.12.2014 insgesamt rund 919,4 Mio. Euro ihrer Altschulden ablösen werden.

Gleichwohl beträgt der von den Landkreisen zur Schließung ihrer Deckungslücken im Haushaltsjahr 2014 benötigte Gesamtbetrag an Kassenkrediten rund 3,2 Mrd. Euro, zum 31.12.2015 wird er auf deutlich über 3,3 Mrd. Euro ansteigen.

Das Problem der strukturellen Unterfinanzierung der Landkreise ist somit alleine durch den kommunalen Schutzschirm nicht dauerhaft zu beheben.

Deutscher Landkreistag begrüßt EuGH-Urteil zu Sozialleistungen für EU-Ausländer

Der Europäische Gerichtshof hat entschieden, dass Deutschland Zuwanderern aus der EU Leistungen nach dem SGB II (Hartz IV) versagen darf, wenn diese ausschließlich nach Deutschland kommen, um Sozialhilfe zu beziehen oder einen Job zu suchen. Der Präsident des Deutschen Landkreistages Landrat Reinhard Sager begrüßte das Urteil: „Das ist eine richtige und konsequente Entscheidung, die geltendes deutsches Recht bestätigt. Die Landkreise erhoffen sich von diesem Urteil eine endgültige Klärung der Frage.“

In diesem Zusammenhang sprach sich der DLT-Präsident auch für die nun zügige Verabschiedung bereits vorgelegter gesetzlicher Regelungen zur Änderung des Freizügigkeitsrechts in Deutschland aus, damit auch bei der Inanspruchnahme von Kindergeld, bei der Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung eine Handhabe geschaffen wird. Ebenfalls auf Zustimmung stieß, dass die Kommunen zusätzliche finanzielle Hilfen erhalten sollen, um die Folgen der Zuwanderung zu bewältigen und Migranten zu unterstützen. „Der Deutsche Landkreistag fordert einen Verteilungsmodus, der Transparenz auf der Basis der tatsächlichen Belastung gewährleistet. Für die Landkreise ist wichtig, dass auch sie von einer Förderung durch den Bund profitieren können.“

Abschließend wies der DLT-Präsident darauf hin, dass Deutschland trotz der klar zu begrüßenden EuGH-Entscheidung und der geforderten weiteren Änderungen beim Freizügigkeitsrecht insgesamt erheblich von der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien profitiere. Es gehe allein darum, Missbrauch zu bekämpfen.

Landkreistag begrüßt finanzielles Engagement des Bundes bei Flücht- lingshilfe

Der Deutsche Landkreistag begrüßt, dass sich der Bund in den nächsten zwei Jahren mit jeweils 500 Mio. Euro an den

Unterbringungskosten der Städte, Landkreise und Gemeinden für die steigende Zahl von Flüchtlingen beteiligen wird. Präsident Landrat Reinhard Sager sagte: "Die Milliardenhilfe des Bundes ist eine gute Unterstützung, gerade auch deshalb, weil er eigentlich gar nicht in der finanziellen Verantwortung steht, sondern die Länder. Selbstverständlich erwarten wir eine vollständige Weiterleitung der Bundesmittel seitens der Länder an die Kommunen." Sager betonte weiter, dass gerade die Landkreise große finanzielle Belastungen zu schultern hätten, um die Versorgung von Flüchtlingen sicherzustellen. "Die Länder stehen in der Pflicht, diese Mehrausgaben zu finanzieren." Generell würden sich die Landkreise zu ihrer humanitären Verpflichtung, Bürgerkriegsflüchtlinge und Asylbewerber aufzunehmen und ihnen zu helfen, bekennen. "Dies betrifft insbesondere eine menschenwürdige Unterbringung sowie eine angemessene medizinische und soziale Betreuung", so der DLT-Präsident. Mit seiner Hilfe erkenne der Bund die Lasten der Kommunen an. Die Landkreise seien in allen Ländern (außer in Nordrhein-Westfalen) für die Unterbringung von Flüchtlingen zuständig.

PERSONALIEN

Die Bezirksversammlung Süd hat in ihrer Sitzung am 6. November 2014 Herrn Kreistagsvorsitzenden Paul Scherer (CDU), Landkreis Offenbach, als neues Mitglied in das Präsidium gewählt.

TERMINE

- **Gesundheitsausschuss**
Mittwoch, 28.01.2015, 10:00 Uhr, Wiesbaden
- **Rechts- und Europaausschuss**
Donnerstag, 05.02.2015, 10:00 Uhr, Wiesbaden
- **Präsidium**
Donnerstag, 12.02.2015, 09:30 Uhr, Wiesbaden
- **Konferenz der Kreistagsvorsitzenden**
Donnerstag, 19.02.2015, 10:00 Uhr, Homberg/Efze
- **Sozialausschuss**
Dienstag, 03.03.2015, 10:00 Uhr, Bad Homburg
- **Finanzausschuss**
Donnerstag, 12.03.2015, 10:00 Uhr, Ort offen
- **Bezirksversammlung Süd**
Dienstag, 24.03.2015, 09:30 Uhr, Landkreis Groß-Gerau



Hessischer
Landkreistag

IMPRESSUM

VERANTWORTLICH
Direktor Christian Engelhardt
(geschäftsführend)
Direktor Dr. Jan Hilligardt

HERAUSGEBER
Hessischer Landkreistag
Frankfurter Straße 2
65189 Wiesbaden

Telefon: 0611 / 17 06-23
E-Mail: ries-knauer@hlt.de
Internet: www.hlt.de

KOORDINATION

Tim Ruder (Pressesprecher)
Melanie Ries-Knauer
(Öffentlichkeitsarbeit
und Organisation)

ERSCHEINUNGSWEISE / AUFLAGE

zwei- bis dreimonatlich
2.500 Exemplare
(gedruckte Version)

Alle Inhalte und Bilder sind lizenzrechtlich geschützt. Abdruck und Vervielfältigung nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Hessischen Landkreistages.

GESTALTUNG

Muhr – Partner für Kommunikation
www.muhr-partner.com
Seerobenstraße 27
65195 Wiesbaden

BILDNACHWEIS

Muhr P+K (Titelbild, Seite 3)
Landkreis Offenbach (Seite 3)